

- Es gilt das gesprochene Wort -

## **Jetzt ist genug: Islamisierung stoppen! Das kann nur gelingen, wenn die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuern kann**

von Daniel Zingg, EDU, Mitglied Vorstand Egerkingerkomitee, Bollodigen (BE)

### **Islamisierung der Schweiz und Zuwanderung stehen im direkten Verhältnis**

Der bei der Einwanderung wichtige Faktor *Islamisierung* wurde im Vorfeld der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative kaum thematisiert. Fakt ist aber: Der Grad der Islamisierung, und somit die versuchte Einflussnahme der Scharia auf den Rechtsstaat, hängt direkt von der Anzahl Musliminnen und Muslimen ab, die in einer nicht-muslimischen Gesellschaft leben. Der Islam ist nicht in erster Linie eine Religion, sondern vor allem ein Politsystem, welches unserer gängigen Rechtsordnung entgegenläuft.

### **Religion als Tarnbegriff missbraucht**

Hinter dem islamischen Tarnbegriff *Religion* verbergen sich auch rechtliche, ökonomische und vor allem politische Komponenten. Darum: Wenn ein Staat den Forderungen der Muslime nach ihren "religiösen Rechten" zustimmt, bleibt das nicht ohne verhängnisvolle Folgen in Bezug auf die Politik und das Rechtssystem eines Landes.

### **Einwirkung islamischer Einwanderung auf das Politsystem**

Laut dem World Fact Book der CIA (2013)<sup>1</sup> funktioniert die Einflussnahme muslimischer Zuwanderung auf die Politik folgendermassen:

Solange die muslimische Bevölkerung eines Landes bei 1% liegt, werden Muslime als friedliebende Minderheit betrachtet, die noch keinerlei Bedrohung für irgendjemanden darstellt.

Bei 2-3% missionieren sie und rekrutieren neue Anhänger aus anderen ethnischen Minderheiten und aus Randgruppen mit einem grossen Rekrutierungspotential (z. B. unter Gefängnisinsassen und Asylanten).

Ab 4-5% beginnen sie einen gemessen an ihrer Bevölkerungszahl überproportionalen Einfluss auszuüben. Sie drängen z.B. auf Einführung von Halal-Lebensmitteln (nach islamischer Vorstellung "rein"), wobei Druck auf Supermarktketten ausgeübt wird, diese in ihr Angebot aufzunehmen – zusammen mit Drohungen, falls dem nicht Folge geleistet wird.

Mit ihrem hohen Muslimanteil von bereits 4,3% im Jahr 2000, der sich inzwischen auf über 6% erhöht haben dürfte (Dunkelziffer illegaler Einwanderung als Folge der Freizügigkeit und offenen Grenzen gegenüber dem EU-Raum nicht berücksichtigt), liegt die Schweiz schon vor Deutschland mit offiziell 3,8% Muslime und nur noch knapp hinter Frankreich, dem europäischen Land mit dem höchsten Muslimanteil von 8%.<sup>2</sup>

Herr Maizar von der Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) spricht in der NZZ am Sonntag selbst von rund 480'000 Muslimen in der Schweiz. 1970 hat die Volkszählung gemäss Bundesamt für Statistik 16'301 Personen islamischer Gemeinschaften gezählt, also 0,26% der Bevölkerung. Im Jahr 2000 waren es bereits 4,26% und somit 310'469 Muslime. Wir müssen davon ausgehen, dass heute über 500'000 Menschen in unserem Land Muslime sind. Bei gleichbleibendem Anstieg (wie von 2000 bis 2013) werden wir im Jahr 2030, also in rund 16 Jahren, rund eine Million Muslime in der Schweiz haben.

Bei einem solchen Bevölkerungsanteil arbeiten die Muslime daran, die jeweilige Obrigkeit dazu zu bringen, ihnen zu erlauben, sich selbst unter der Scharia, dem islamischen Recht,

---

<sup>1</sup> <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

<sup>2</sup> <http://www.citizentimes.eu/2011/02/01/muslimische-bevoelkerungsentwicklung-1990-2030/>

zu regieren. Das oberste Ziel des Islam ist es nämlich nicht, die Welt zu bekehren, sondern islamisches Recht über die ganze Welt herrschen zu lassen (z.B. Sure 48,28).

### **Forderung nach islamischem Parallelrecht in der Schweiz**

Im Dezember 2008 forderte der Freiburger Professor Christian Giordano die Einführung einer Teil-Sharia als Parallelrecht in der Schweiz.<sup>3</sup>

Im Februar 2012 fordert Farhad Afshar, iranischstämmiger Soziologe in Bern, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (Kios) und somit höchster schiitischer Muslim unseres Landes, ein muslimisches Parlament. Unterstützt wurde oder wird er dabei vom Arzt Hisham Maizar, gebürtiger Palästinenser und Präsident der Föderation islamischer Dachorganisationen in der Schweiz (FIDS), der grössten islamischen Organisation der Schweiz.<sup>4</sup>

### **Integration bleibt Wunschdenken**

In der Schweiz ist die Integrationsunwilligkeit muslimischer Zuwanderer und sogar ihrer Nachkommen ein heisses Eisen. Die meisten Politiker wollen sich ihre Hände daran nicht verbrennen. Diese Problematik wird in der deutschsprachigen Nachbarschaft offen diskutiert und auch wissenschaftlich untersucht.

Die Universitäten Jena, Bremen und Linz (AT) haben zusammen mit der Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung in Weimar eine fundierte Studie vorgelegt. Nach dieser zeigt fast die Hälfte der in Deutschland und Österreich lebenden Muslime keine Bereitschaft, sich an ihre Umgebung und deren Werte und Standards anzupassen. 24% der aus dem Ausland Zugewanderten und auch 15% der zum Islam konvertierten „Einheimischen“ verrät darüber hinaus starke Abneigung gegen alles „Westliche“. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kommen daher zum Schluss: „**Islamische Einwanderung muss mit mehr Realismus und weniger Wunschdenken gesehen werden!**“<sup>5</sup>

**Mit einem Ja zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung sagen wir Ja zu Freiheit und Ja zur Unabhängigkeit. Wir sagen Nein zu unkontrollierter Masseneinwanderung und damit Nein zu einer schleichenden Islamisierung und Zerstörung unserer Demokratie.**

---

<sup>3</sup><http://www.nzz.ch/aktuell/startseite/scharia-gerichte-fuer-die-schweiz-1.1606772>

<sup>4</sup><http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Umma-Schweiz-ist-heiss-umstritten/story/18523618>

<sup>5</sup>[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/junge\\_muslimen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/junge_muslimen.pdf?__blob=publicationFile)